Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge. Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Expedition v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Leipzig; — Rob. Klieh in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Cöln; — Stelmer in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Verlage nur an Wochentagen: gr. Klosterpforte Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Anonyme Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pf.

L. Elmendorff, Holzbildhauer,
Victoriastrasse 25
Lager feinster Holzschnitzereien.
Weihnachtsarbeiten werden kunstgewerblich ausgeführt.
Bestellungen bald erbeten.

Atelier für Photographie
von
C. Arazim,
17 Amalienstrasse 17.
Beste Arbeit. Mässige Preise.
Vergrösserungen nach jedem Bilde.
Weihnachtsbestellungen werden zeitig erbeten.

Theemagazin a. d. Kreuzkirche 2
H. E. Philipp,
gegründet 1852
empfiehlt **nur selbst importirte, reine**
Chinesische Thees
in allen Qualitäten, **Souchong** von 2 M. an pr. Pfd.

Nr. 322. Witterung vom 17. November. Barometer nach Oskar Böhold, Wolfhr. 15 (336,6 W.) 737 Mill., seit gestern 10 Mill. gefallen. Thermometerstr. u. Normw.-Temper. 10°26., niedr. Temp. 1°26., höchste Temp. 13°29. Süd-West-Wind. Bedeckt.

Aussichten für den 18. November: Vorwiegend bewölkt, windig, Niederschläge, später kälter.

Freitag, 18. Novbr.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Pierer in Dresden

Kaiser Wilhelm hat das Wort! Mag die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages von dem greisen Kaiser selbst, vom Kronprinzen, vom Reichskanzler oder von einem Minister verlesen worden sein — sie drückt die Willensmeinung des Oberhauptes von Deutschland aus. Sie spiegelt seine Auffassung der durch die Wahlen geschaffenen inneren Lage in Deutschland wieder. Vielleicht bringt sie eine bestimmte Andeutung über die künftig einzuschlagenden Wege. Was sie auch enthalte — der Kaiser spricht in vollem Einverständniß mit seinem Kanzler. Diese Uebereinstimmung zu erzielen, kostete wahrscheinlich nicht viel Anstrengung. Schwieriger mag schon die Uebereinstimmung zwischen dem Kronprinzen und dem Kanzler gewesen sein. Der deutsche Kronprinz hat eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck verlangt, dieselbe fand im Reichskanzlerpalais statt, nach ihr begab sich der Kronprinz sofort zu seinem kaiserlichen Vater. Alle diese ungewöhnlichen Begebenheiten kennzeichnen die Schwierigkeit der Lage, die Wichtigkeit der gefaßten Entschlüsse, die Tragweite der Abmachungen. Liest man die Darstellungen der liberalen Blätter, so hätte Fürst Bismarck eine wunderbare Schwenkung vollzogen. Man müßte sich auf die seltsamsten Ueberraschungen gefaßt machen. In den gewundensten Wendungen kündigen es die liberalen Blätter an, Bismarck wolle sein Heil mit einer klerikal-liberalen Mehrheit versuchen, er würde zu diesem Behufe sogar in die Regierung Mitglieder beider feindlichen Parteien berufen.

Man muß sich die Augen reiben, um Das zu glauben. Wie denn? Hören wir recht? Eugen Richter, Lasker und Windthorst zu gleicher Zeit preußische Minister unter Bismarck oder Unterstaatssekretäre im Reiche? Wurde denn bei den Wahlen nicht die Fortschrittspartei als eine „staatsgefährliche" bekämpft? Wie lange ist es her, daß das Centrum aus „Reichsfeinden" bestand, an den Rockschößen Kullmanns hing und eine „Reblaus im Wappen" führte? Oder, wenn die Mehrheit im Reichstage vom Centrum und den Nationalliberalen gebildet, die Sezessionisten und die Fortschrittspartei ausgeschlossen würden, was verhofft sich denn Fürst Bismarck von diesem widernatürlichen Zusammenschweißen feindlicher Parteien? Das Tabaksmonopol und die Altersversorgung bekommt er trotzdem vom Centrum nicht bewilligt und auch bei den Nationalliberalen dürfte er sich deshalb Körbe holen. Wir glauben gern, daß die Liberalen, alle erlittenen Mißhandlungen vergessend, regierungslüstern sind; das Centrum jedoch wird gewiß nicht, um den geschmackvollen Ausdruck eines Durchfalls-Kandidaten zu wiederholen, „auf den Zauber hüppen". Die Liberalen machen sich die Sachen dadurch mundgerecht, daß sie sagen: der Kanzler nimmt die Situation wie sie ist und sucht sie seinen Zwecken dienstbar zu machen, er will die politischen Parteien zu Gunsten seiner Wirthschaftspläne zersetzen und öffnet dazu dem persönlichen Ehrgeize der verschiedenen Führer freien Spielraum. Nun denn, wir denken dabei also: Wenn die nächsten Tage manche Ueberraschung bringen können und der persönliche Ehrgeiz sich spreizen sollte, so ändert dies an der Aufgabe der staatserhaltenden Parteien, für das Volkswohl zu sorgen, nicht das Mindeste. Die Konservativen besitzen nicht den persönlichen Ehrgeiz, kurze Zeit Minister für Augenblickszwecke abzugeben; sie haben umsomehr die Pflicht, mit selbstständigen Anträgen zur Gewerbeordnung, zur Unfallversicherung der Arbeiter, zum Schutze von Handwerk, Industrie und Landwirthschaft vorzugehen und damit an der Hebung des gesunkenen Volkswohlstandes zu arbeiten. Sie haben freudig die Regierung zu unterstützen, soweit diese solche Reformen in die Hand nimmt und erreichbare Ziele anstrebt; sie haben ihr ebenso ehrlich und fest entgegenzutreten, wenn staatssozialistische Fantasien dabei zum Vorschein kommen. Das eben ist der Unterschied zwischen gut deutsch-konservativ und preußisch-gouvernemental, daß die eigentlichen staatserhaltenden Elemente sich die Selbstständigkeit des Denkens und Handelns vorbehalten. Damit kommt man auch zum Heile des Vaterlandes weiter und wird in Ehren bestehen, wenn jenes drollige augenblickliche Auskunftsmittel totaler Rathlosigkeit: die klerikal-liberale Reichstags-Mehrheit, längst wieder von der Bildfläche verschwunden ist.

Mit seiner Budgetrede hat der österreichische Finanzminister v. Dunajewski kein Glück gehabt. Er hat nur bewiesen, ein wie geschickter Zahlenkünstler und Finanzsophist er ist. Das ganze Finanz-Exposé bestand aus Wenn's und Aber's. Fast jede Ziffer ist künstlich oder steht auf Schrauben, beinahe keine einzige hält ernsterer Kritik Stand. Wenn eine Masse Voraussetzungen eintreffen, dann mindert sich das neue österreichische Deficit von 58, auf 22 Millionen. Für das bisherige Deficit ist der jetzige Minister nicht verantwortlich zu machen, aber ebensowenig ist es sein Verdienst, daß sich die Einnahme im vorigen Jahre um 10 Mill. höher gestaltete, als veranschlagt war. Denn von seinen Steuerreformplänen, die er im Vorjahre ankündigte, ist kein einziger zur Ausführung gelangt und was er jetzt vorschlug, um das chronische Deficit zu beseitigen, steht noch in weiter Ferne, trotzdem stellt er schon Millionen davon als Erträgnisse in den Staatshaushalt. Das Volk hat Nichts von den gelehrten Darstellungen des Ministers, inwieweit das Deficit ein eigentliches sei und wo das uneigentliche beginne; es weiß nur, daß es höhere Abgaben von vielen nothwendigen Lebensmitteln zahlen soll. Der einzige originale Gedanke Dunajewski's war — die Verminderung der Beamtengehalte. Die österreichischen Beamten sind aber wahrlich nicht glänzend bezahlt. Der Finanzminister versprach sich Viel und versprach auch Viel — Was wird er halten können?

Von Versprechungen wimmelt auch das volldröhnende Regierungsprogramm Gambetta's. Niemanden ließ er leer ausgehen: den Bauern versprach er Ermäßigung der Steuern, den Kaufleuten und Industriellen Hebung des Handels und der Industrie, den Demokraten versprach er demokratische Ausgestaltung der Verfassung, auch für die Arbeiter hat er einige, wenn auch sehr allgemein gehaltene Versprechungen; er will die Militärmacht eher stärken als schwächen und doch die Lasten vermindern u. s. w. Hohle Phrasen! Die Franzosen bringen auch der neuen Regierung kein sonderliches Vertrauen, vielmehr Spott und Hohn entgegen. Ersichtlich ist Gambetta aus Furcht vor den Rothen dazu getrieben worden, sich so radikal zu geberden. Besonderes Interesse nimmt der neue Cultusminister Bert in Anspruch. Sein Programm ist nicht blos die Verweltlichung des Unterrichts in den Volksschulen, wozu man ihm ja nur Glück wünschen könnte, sondern er beabsichtigt, der Jugend den Atheismus als Staatsreligion einzuimpfen. Zu diesem Behufe will er den Elementarschulunterricht völlig den Gemeinden entziehen und die Leitung und Ueberwachung in den Händen der Regierung centralisiren so daß jedes Departement einen direkt unter ihm stehenden Staatsbeamten als Schulvorstand hätte. Unter den Domestiken Gambetta's in dem neuen Ministerium verdient Erwähnung, daß der Bauenminister Allain Targé, ebenso wie Bert, bisher jede Gelegenheit benutzten ihrem Hasse gegen Deutschland Luft zu machen. Noch mehr that sich darin der als Frankfurter Jude geborene Joseph Reinach hervor, der den wichtigen Posten eines Kabinetchefs Gambetta's erhalten soll. Einstweilen wird der Revanchegedanke natürlich vorsichtiger Weise kalt gestellt; dafür wird in Afrika der glorreiche Krieg weiter geführt und zu Ehren der „Großen Nation" weiter geplündert, gesengt und füsilirt. In Paris aber verurtheilen die Kommunarden alle Abende von Neuem Gambetta als den „trunkenen Tyrannen" und seine „Banditen" zum Tode oder zum Bagno. „Il ira" (auf deutsch: „er wird gehen", d. h. in den Bagno oder auf das Schafott) ist ihr Stichwort geworden, mit dem sie sich trösten. Es ist an die Stelle des „ça ira" der Marseillaise getreten. Oft werden die Redner bei den bezüglichen Stellen unterbrochen und Tausende von Kehlen brüllen die Melodie: „Il ira, il ira, il ira". Wahrlich, man könnte lachen über die bombastischen Reden, welche unermüdlich mit dem wenigen gleichen Inhalt gehalten werden, wenn nicht ein widerlicher Blutgeruch aus vergangenen Tagen in diesen Kreisen auf den bitteren Ernst auch dieser Bewegung hinwiese.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 17. Novbr.

Berlin, Donnerstag. Der deutsche Reichstag wurde Nachmittags ½2 Uhr im Weißen Saale des Königl. Schlosses durch den Reichskanzler Fürsten Bismarck im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers mit der Verlesung folgender Botschaft eröffnet. „Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen: Wir haben den im vorigen Reichstag kundgegebenen Wünschen entsprechend, dem früheren Brauche entgegen, den Reichstag noch im laufenden Jahre berufen, um seine Thätigkeit zunächst für die Feststellung des Reichshaushaltsetats in Anspruch zu nehmen. Derselbe zeigt ein erfreuliches Bild der vorschreitenden finanziellen Entwickelung des Reichs und der guten Erfolge der unter Zustimmung des Reichstages eingeschlagenen Wirthschaftspolitik. Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reiche zu überweisenden Beträge ist erheblich höher, als die Steigerung der Matrikularbeiträge. Daß der Gesammtbetrag der letzteren im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahre eine Erhöhung erfahren hat, findet seine Begründung in Einnahmeausfällen und in Bedürfnissen, welche im Interesse des Reichs nicht abzuweisen sind. — Die Einigung, welche mit der freien Stadt Hamburg über ihren Einschluß in das deutsche Zollgebiet erzielt worden ist, wird der Reichstag mit uns als einen erfreulichen Fortschritt zu dem durch die Reichsverfassung gesteckten Ziele der Einheit Deutschlands als Zoll- und Handelsgebiet begrüßen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß der Reichstag den Abschluß der deutschen Einheit nach dieser Seite hin und die Vortheile, welche dem Reiche und seiner größten Handelsstadt aus demselben erwachsen werden, durch den Kostenbeitrag des Reichs nicht zu theuer erkauft finden und dem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf die Zustimmung ertheilen wird. Nachdem die kaiserliche Botschaft die Wiedervorlegung des am letzten Reichstag gescheiterten Gesetzentwurfs wegen Verlängerung der Legislatur- und Gesetzgebungs-Periode angekündigt, fährt sie fort: Schon im Februar haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression der sozialdemokratischen Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines innern Friedens und den Hilfsbedürftigen große Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellung. — In diesem Sinne wird zunächst der Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben, einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Berathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. — Aber auch Diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können. — Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. — Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein. — Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen, und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. — Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabaksmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen. — Hierdurch und demnächst durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberschüsse erzielt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindelasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern. — Diese Bestrebungen sind nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, daß wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gefestigt durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen. Die kaiserliche Botschaft kündigt darauf die Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung an. Wenn danach auf dem Gebiete der inneren Reichseinrichtungen weitgreifende und schwierige Aufgaben bevorstehen, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung Wir Uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es Uns um so mehr Freude, Uns über die Lage unserer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können. — Wenn es in den letzten 10 Jahren im Widerspruch mit manchen Vorhersagungen und Befürchtungen gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben Wir doch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohlthat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegenwärtigen. — Die Begegnungen, welche Wir in Gastein mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Rußland hatten, waren der Ausdruck der engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche Uns mit den Uns so nahe befreundeten Monarchen und Deutschland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen verbinden. — Diese von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiserhöfe in voller Uebereinstimmung gerichtet ist. — Darauf, daß diese gemeinsame Friedenspolitik eine erfolgreiche sein werde, dürfen wir um so sicherer bauen, als auch unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten die freundlichsten sind. — Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutschen Politik hat bei allen Völkern einen Bestand gewonnen, den zu stärken und zu rechtfertigen Wir als Unsere vornehmste Pflicht gegen Gott und gegen das deutsche Vaterland betrachten. — Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel. Gegeben Berlin, 17. November 1881. Wilhelm. Fürst v. Bismarck."

Berlin. Der Kaiser war durch ein Unwohlsein verhindert, die Thronrede zu halten, wie er dies noch am Morgen beabsichtigt hatte. Der Reichskanzler in großer Generalsuniform, mit dem Bande des schwarzen Adlerordens geschmückt, verneigte sich vor dem Reichstag und gab im Namen des Kaisers das Bedauern desselben kund, den Reichstag nicht persönlich willkommen heißen zu können. Dann verlas Fürst Bismarck die Thronrede mit lauter Stimme, aber mit sekundenlangen Unterbrechungen, die durch mühsames Athemschöpfen verursacht wurden. Die Botschaft wurde schweigend angehört, kein Bravo war zu vernehmen, doch wurde am Schlusse von dem bayrischen Bevollmächtigten Frhrn. v. Lerchenfeld ausgebrachte Hoch auf den Kaiser enthusiastisch aufgenommen. Später trat der Reichstag zu einer kurzen Sitzung unter Vorsitz des Grafen Moltke als Alterspräsidenten zusammen. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 240 Abgeordneten. Am schwächsten war im Weißen Saale sowohl als auch in der Sitzung das Centrum vertreten. — Die ministerielle „Provinzial-Corresp." bemerkt zur Thronrede: Hier spricht offenbar nicht das Staatsoberhaupt nach kalter konstitutioneller Lehre, sondern das warme Herz unseres Kaiserlichen Herrn, der sein Leben noch für die Aermsten der Bevölkerung verwerthen möchte und diese Aufgabe auch dem neuen Reichstage an's Herz legt. Wenn der Kaiser hiernach für die gesammten Pläne des Kanzlers auch angesichts der gegenwärtigen Lage mit solcher Entschiedenheit eintritt, so ist für Fürst Bismarck zunächst kein Grund vorhanden, dem Dienste des Vaterlandes zu entsagen. . . . . Es wird sich nun darum handeln, ob sich in dem neuen Reichstage eine Mehrheit findet, welche bereit ist, die weitgreifenden schwierigen Aufgaben, deren Anregung der Kaiser für seine Herrscherpflicht hielt, mit dem Kanzler in Angriff zu nehmen, oder ob dieser und zugleich wohl der Kaiser auf dieses letzte schöne Ideal seines Lebens verzichten soll. — Die Liberalen wollen bei der Präsidentenwahl für Stauffenberg stimmen. — Sonnabend findet Präsidentenwahl statt.

Baden. Der Großherzog verbrachte auch die letzte Nacht größtentheils ruhig und schlafend. Die Temperatur war 36,8, der Puls 78. Der Zustand ist durchaus befriedigend.

Berliner Börse. Von den fremden Börsen lagen keine anregenden Meldungen vor. Hier herrschte wieder die alte Geschäftsunlust vor und selbst die niedrigeren Course vermochten die Spekulation nicht zu verlocken. Das Hauptgeschäft fand noch in Creditactien, Franzosen und Diskonto-Kommandit statt. Oesterreichische Bahnen weichend, deutsche still. Banken gleichfalls unbelebt und meist weichend. Leipziger Diskonto gaben 1,25 Proc. ab. Bergwerke und Industrien fest. Inländische Fonds eher schwächer, ausländische lustlos.

Frankfurt a. M., 17. Novemb. Abends. Credit 317¼. Staatsbahn 277¼. Lombarden 137¼. 60er Loose —. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 95,25. Oesterr. Goldrente —. 4% Ungar. Goldrente —. 5er Russen —. 1ster Russen —. 2. Orientanleihe —. Mexiko Anzgar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungarische Papierrente —. Fest.

Wien, 17. Novemb. Abends. Credit 360,25. Staatsbahn 321,75. Lombarden 143. Anglo-Austria-Bank —. Napoleonsd'or —. Galizier —. Papierrente —. Oesterr. Goldrente —. Ung. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. Ungar. Credit 361. Unionbank —. Elisabethbahn —. Bankverein —. Nordwest 224,50 Marknoten 58,00.

Paris, 17. November. (Schluß.) Rente 81,20. Anleihe 116,97. Italiener 89,35. Staatsbahn 695,00. Lombarden 190,50. do. Prioritäten 84. Egypter 367. Oesterr. Goldrente 88¾. Fest.

Lokales und Sächsisches.

— Das neueste Bulletin spricht in etwas orakelhafter Weise davon, daß das „subjektive" Befinden J. Maj. der Königin am Mittwoch recht befriedigend war, gleichwohl aber Abends gegen 5 Uhr wieder Fieber eingetreten ist.

— Der Abtheilungsdirector im Königl. Finanz-Ministerium, Geh. Rath v. Thümmel, und der Geh. Finanzrath Hoffmann haben von dem Fürsten Reuß j. L. das Reußische Ehrenkreuz I. Klasse erhalten.